

## Tradition: Wahlbetrug

Wahlmanipulationen an der Frankfurter Universität „garantiert“

Von dpa-Korrespondent LASZLO TRANKOVITS

FRANKFURT. - Die Frankfurter Universität hat nicht nur als Hort der Wissenschaft Tradition — seit einigen Jahren garantieren auch die Wahlen zum Studentenparlament komisch-makabren Streit um die schon üblichen Wahlmanipulationen. Auch in diesem Sommer beherrschte wieder das Spiel „Wer hatte bloß die Urne?“ den ratlosen AstA und den empörten Präsidenten, Professor Hartwig Kelm. Die fast 25 000 Studenten kümmern sich sowieso nicht sehr stark um ihr Studentenparlament, das den AstA (Etat: 490 000 Mark) bestimmt. Nur etwa 8600 Studenten beteiligten sich an der Wahl, aus der wie seit vielen Semestern die „Spontis“ der Liste „Undogmatische Linke“ als Sieger hervorgingen.

Nur 293 Studenten der Fachbereiche Gesellschaftswissenschaft, Psychologie und Theologie haben nach den Wahlunterlagen an der Urne abgestimmt, aber in dem schwarzen Kasten befanden sich erstaunlicherweise 363 Stimmen, alle übrigens für die „Undogmatische Linke“. Auch bei den Juristen und Geologen waren 106 Stimmen zuviel, bei den Wirt-

schaftswissenschaftlern 80. Im Fachbereich Medizin — Hochburg der konservativeren Gruppen — fehlten 100 Briefwahlstimmen. Manche Studenten stellten zudem erstaunt fest, daß unter ihrem Namen per Briefwahl abgestimmt worden war, obwohl sie nie einen Stimmzettel ausfüllten. !!

Der Wahlvorstand weiß von den Manipulationen und „ist auf der Suche nach den Tätern“. Bei früheren Wahlen war diese Suche meist ergebnislos geblieben. Erste Reaktion beim Wahlvorstand auf die hilflosen Schilderungen der Wahlhelfer, die sich „das Ganze nicht erklären können“, war schallendes Gelächter. Auch die Anordnung des Uni-Präsidenten, daß alle im Studentenparlament vertretenen Gruppen in dem Wahlgremium vertreten sein müssen, konnte die Wahlfarce nicht verhindern. Trotz strikter Regeln standen Urnen nachts offen, waren Studenten zuweilen allein mit den Urnen oder „flogen Wahlverzeichnisse irgendwo rum“. Bis Montag nun kann die Wahl angefochten werden — aber wie die Jungsozialisten haben auch andere Gruppen resigniert. K  
W.